

Merkblatt zur Anmeldung einer Forderung

Etwaige Fristen beachten! ¹

Wie Sie dem Beschluss des Insolvenzgerichts entnehmen können, wurde ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des/der darin bezeichneten Schuldners/-in eröffnet, das der gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger dient.

Jeder Gläubiger einschließlich der Steuerbehörden und der Sozialversicherungsträger der Mitgliedstaaten kann seine **Forderungen in dem Insolvenzverfahren schriftlich anmelden**.

Die Forderungsanmeldung hat **innerhalb der in dem Insolvenzeröffnungsbeschluss bezeichneten Anmeldefrist** zu erfolgen (§ 28 Absatz 1 InsO).

Forderungen, die erst **nach dem Ablauf der Anmeldefrist** angemeldet werden, machen unter Umständen ein **zusätzliches Prüfungsverfahren** erforderlich. Die hierdurch entstehenden **Kosten trägt der Gläubiger, der seine Forderung angemeldet hat** (§ 177 Absatz 1 InsO).

Die Forderungsanmeldung hat nicht bei dem Insolvenzgericht, sondern **bei dem in dem Insolvenzeröffnungsbeschluss genannten Insolvenzverwalter** zu erfolgen (§ 174 der Insolvenzordnung). Ist ein Sachwalter bestellt (§ 270 InsO), so ist die Forderungsanmeldung dort vorzunehmen.

Vertreter von Gläubigern müssen mit der Anmeldung eine besonders für das Insolvenzverfahren erteilte **Vollmacht** einreichen. Bitte beachten Sie, dass für eine spätere Auszahlung **eine Geldempfangsvollmacht im Original** vorgelegt werden muss, da ohne diese eine Auszahlung an Vertreter nicht möglich ist.

Verträge (Erklärung gem. § 103 InsO): Soweit Sie mit dem/r Gemeinschuldner/in Verträge, insbesondere Dauerschuldverhältnisse jeglicher Art (Miete, Pacht, Leasing, Betreuungs- und Wartungsverträge, Abonnements sowie Sukzessivlieferverträge), aber auch sonstige, mit der obigen Aufzählung nicht erfassten, jedoch Zahlungs-/Leistungspflichten begründende Verträge abgeschlossen haben, bitte ich um Übersendung dieser Verträge, damit ich von meinem Wahlrecht gem. § 103 InsO (Ablehnung oder Erfüllung) Gebrauch machen kann.

In der Anmeldung teilt der Gläubiger **die Art, den Entstehungszeitpunkt und den Betrag der Forderung** mit und fügt gegebenenfalls vorhandene **Belege sowie Urkunden, aus denen sich die Forderung ergibt, der Anmeldung in Kopie bei** (§ 174 Absatz 1 InsO).

Bei der Anmeldung im Insolvenzverfahren über das Vermögen natürlicher Personen sind außerdem der Grund der Forderung und gegebenenfalls die Tatsachen anzugeben, **aus denen sich nach Einschätzung des Gläubigers ergibt, dass ihr eine vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung des Schuldner zugrunde liegt** (§ 174 Absatz 2 InsO). Vorsätzlich begangene unerlaubte Handlungen des Schuldners bleiben nur dann von der Erteilung der Restschuldbefreiung unberührt, wenn der Gläubiger die entsprechende Forderung unter Angabe dieses Rechtsgrundes angemeldet hatte (§ 302 InsO).

Alle Forderungen sind in festen Beträgen **in Euro** geltend zu machen und abschließend zu einer Gesamtsumme zusammenfassen. **Forderungen in ausländischer Währung sind in Euro umzurechnen**, und zwar nach dem Kurswert zur Zeit der Verfahrenseröffnung. Forderungen, die nicht auf Geld gerichtet sind oder deren Geldbetrag unbestimmt ist, sind mit ihrem Schätzwert anzumelden (§ 45 InsO).

¹ Mit dem Formblatt wird der Verpflichtung nach Artikel 40 in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29.05.2000 über Insolvenzverfahren (ABl. L 160/1) zur Unterrichtung der Gläubiger Rechnung getragen.

Zinsen können grundsätzlich **nur für die Zeit bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens** angemeldet werden. Sie sind unter Angabe von Zinssatz und Zeitraum auszurechnen und mit einem festen Betrag zu benennen.

Nachrangige Forderungen (zum Beispiel die seit Eröffnung des Verfahrens laufenden Zinsen oder Ansprüche auf eine unentgeltliche Leistung des Schuldners) sind nur anzumelden, soweit das Insolvenzgericht gesondert zur Anmeldung dieser Forderungen auffordert. Bei der Anmeldung solcher Forderungen ist auf den Nachrang hinzuweisen und die dem Gläubiger zustehende Rangstelle zu bezeichnen (§ 174 Absatz 3 InsO).

Soweit Gläubiger **Sicherungsrechte an beweglichen Sachen oder an Rechten des Schuldners** in Anspruch nehmen, haben sie dies dem **Insolvenzverwalter unverzüglich gesondert mitzuteilen**. Dabei sind der Gegenstand, an dem das Sicherungsrecht beansprucht wird, die Art und der Entstehungsgrund des Sicherungsrechts sowie die gesicherte Forderung zu bezeichnen. **Wer die Mitteilung schuldhaft unterlässt oder verzögert, haftet für den daraus entstehenden Schaden** (§ 28 Absatz 2 InsO).

Gläubiger, die aufgrund eines Pfandrechts oder eines sonstigen Sicherungsrechts **abgesonderte Befriedigung** beanspruchen können, sind Insolvenzgläubiger, soweit ihnen der/die Schuldner/-in auch persönlich haftet. Diese persönliche Forderung können sie anmelden. Sie werden bei der Verteilung der Insolvenzmasse jedoch nur berücksichtigt, soweit sie auf eine abgesonderte Befriedigung verzichten oder bei ihr ausgefallen sind (§ 52 InsO).

Wer aufgrund eines **dinglichen oder persönlichen Rechts** (etwa als Eigentümer) geltend machen kann, dass ein Gegenstand nicht zur Insolvenzmasse gehört, ist kein Insolvenzgläubiger. Sein Anspruch auf Aussonderung des Gegenstands ist **nicht im Insolvenzverfahren anzumelden**, sondern bestimmt sich nach den Gesetzen, die außerhalb des Insolvenzverfahrens gelten (§ 47 InsO).

Hinweis zum Insolvenzgeld:

Arbeitnehmer (auch geringfügig Beschäftigte, Auszubildende und Heimarbeiter) haben Anspruch auf **Insolvenzgeld**, wenn sie bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers (Schuldners / Schuldnerin) für die **vorausgehenden drei Monate des Arbeitsverhältnisses** noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt haben.

Der **Antrag** auf Zahlung des Insolvenzgeldes ist innerhalb einer **Ausschlussfrist von zwei Monaten** nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. nach Betriebseinstellung **beim Arbeitsamt** zu stellen.

Das Insolvenzgeld wird in Höhe des rückständigen Nettoarbeitsentgelts vom zuständigen Arbeitsamt gezahlt.

Nähere Auskünfte zum Insolvenzgeld und zur Antragstellung erteilen Arbeitsämter unter anderem im Internet.

Rückständiges Arbeitsentgelt, für das kein Insolvenzgeld beansprucht werden kann und das sich auf die Zeit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens bezieht, kann beim Insolvenzverwalter als Insolvenzforderung (brutto) angemeldet werden.

Forderungsanmeldung im Insolvenzverfahren

Anmeldungen bitte nur an den Insolvenzverwalter senden, nicht an das Insolvenzgericht.

Bitte beachten Sie auch das anliegende Merkblatt für Insolvenzgläubiger.

Verfahrensname:	
Insolvenzgericht: Amtsgericht München	Aktenzeichen:
Gläubiger: (Genau Bezeichnung des Gläubigers mit Postanschrift (kein Postfach), bei Gesellschaften mit Angabe der gesetzlichen Vertreter) Aktenzeichen: Telefon: Telefax: Bankverbindung IBAN: BIC:	Gläubigervertreter: (Die Beauftragung eines Rechtsanwalts ist freigestellt) Aktenzeichen: Telefon: 089/23 68 58-0 Telefax: 089/2 60 34 40 Bankverbindung IBAN.: BIC: <input type="checkbox"/> Vollmacht anbei bzw. folgt umgehend

Angemeldete Forderungen

Hauptforderung im Rang des § 38 InsO (notfalls geschätzt)	€
Zinsen*) höchstens bis zum Tag der Eröffnung des Verfahrens % aus € seit dem	€
Kosten , die vor Eröffnung des Verfahrens entstanden sind	€
Summe	€

Wenn Sie verschiedene selbständige Forderungen (z.B. Forderungen aus Kaufvertrag, Werkvertrag oder Schadenersatz etc.) anmelden, gliedern Sie diese bitte unbedingt in einer Anlage nach obigem Schema auf.

*) Auch titulierte Zinsen (Zinsen in einem Urteil oder in einem Vollstreckungsbescheid) verjähren innerhalb von 3 Jahren, wenn diese Verjährung nicht durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unterbrochen werden. Bitte beachten Sie dies bei der Anmeldung Ihrer Zinsen, da ansonsten Ihre Forderung insoweit bestritten werden wird.

Nachrangige Forderungen (§ 39 InsO)	
Diese Forderungen sind nur anzumelden, wenn das Gericht ausdrücklich hierzu aufgefordert hat (§ 174 Abs. 3 InsO). Die gesetzliche Rangstelle ist durch Ankreuzen zu bezeichnen. Ab Nachrang 3 sind Zinsen und Kosten gesondert anzugeben und der jeweiligen Hauptforderung zuzuordnen (vgl. § 39 Abs. 3 InsO).	
	€
1. <input type="checkbox"/> Nachrang des § 39 Abs. 1 Nr. 1	
2. <input type="checkbox"/> Nachrang des § 39 Abs. 1 Nr. 2	
3. <input type="checkbox"/> Nachrang des § 39 Abs. 1 Nr. 3	
4. <input type="checkbox"/> Nachrang des § 39 Abs. 1 Nr. 4	
5. <input type="checkbox"/> Nachrang des § 39 Abs. 1 Nr. 5	
6. <input type="checkbox"/> Nachrang des § 39 Abs. 2	
Zinsen (§ 39 Abs. 3) zu Nachrang 3 – 4 – 5 – 6	
Zinsen (§ 39 Abs. 3) zu Nachrang 3 – 4 – 5 – 6	
Summe der nachrangigen Forderungen	

<p>Abgesonderte Befriedigung unter gleichzeitiger Anmeldung des Ausfalls wird beansprucht (bitte nur ankreuzen, wenn beansprucht).</p> <input type="checkbox"/> Ja, Begründung siehe Anlage
<p>Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung</p> <input type="checkbox"/> Ja, die Tatsachen, aus denen sich ergibt, dass es sich nach der Einschätzung der anmeldenden Gläubigerin oder des anmeldenden Gläubigers um ein Forderung aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung der Schuldnerin oder des Schuldners handelt, sind in der Anlage genannt.
<input type="checkbox"/> Nein
<p>Grund und nähere Erläuterung der Forderungen (z.B. Warenlieferung, Miete, Darlehen, Reparaturleistung, Arbeitsentgelt, Wechsel, Schadenersatz)</p>
<p>Folgende Unterlagen, aus denen sich die Forderungen ergeben, sind beigelegt:</p>
<p>Ich verzichte wegen des buchhalterischen Aufwands auf eine Quotenzahlung, wenn diese weniger als € 3,00 beträgt.</p>

.....
(Ort)

(Datum)

(Unterschrift und evtl. Firmenstempel)

Bitte reichen Sie die Anmeldung zweifach und alle weiteren Unterlagen einfach ein.